

Der Brunnerbrief

No. 13/2015 – 03.07.2015



Foto der Woche: Dass die Gleichstellung selbst in den Vereinigten Staaten früher durchgesetzt wird als bei uns, sollte zu denken geben. Frau Merkel, es ist Zeit!

Eurokrise in Griechenland

Die Krise um Griechenland hält das politische Berlin in Atem. Gleichzeitig habe ich selten eine solche Ohnmacht als Abgeordneter gespürt: Der Wille, Griechenland in der Eurozone zu halten ist Konsens im Bundestag. Gleichwohl ist der Einfluss der Parlamentarier auf die rasante Entwicklung der Geschehnisse marginal. Eine Bewertung an dieser Stelle wäre nach Stunden wahrscheinlich schon wieder obsolet. Wichtig ist und bleibt, dass die Regierung in Athen vernünftig mit ihrem Mandat umgeht. Die sogenannten Institutionen sind weit auf Griechenland zugekommen. Das Taktieren von Ministerpräsi-

dent Tsipras ist verantwortungslos und schadet in erster Linie der griechischen Bevölkerung.

Entscheidung über Fracking verschoben

In diesen Tagen erreichen mich wieder dutzende gleichlautende E-Mails, in denen die Sorge um das geplante Fracking-Gesetz zum Ausdruck gebracht wird. Auch bei mir und in der SPD-Bundestagsfraktion bestehen weiterhin Vorbehalte und Diskussionsbedarf. Eine Entscheidung soll deshalb nicht im Hau-Ruck-Verfahren durchgepeitscht werden, sondern nach dem Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ erst im Herbst fallen. Unser zentrales Anliegen ist, dass der Bundestag im



www.facebook.com/Brunner.SPD

Umgang mit unkonventionellem Fracking das letzte Wort hat, also ein Parlamentsvorbehalt besteht.

Bleiberecht reformiert

Tröglitz, Meißen, Lübeck. Die Liste der Orte, in denen Brandanschläge auf Flüchtlingsheime ausgeübt werden, wird länger. Selbst

bei uns in Bayern, in Vorra, sind wir nicht davor gefeit. Im Bundestag haben wir in dieser Woche einen Schritt zur Verbesserung der Situation gemacht: Künftig wird gut integrierten, langjährig Geduldeten nach acht Jahren eine Aufenthaltserlaubnis

erteilt, Familien mit Kindern bereits nach sechs Jahren. In dem Gesetz wird außerdem klargestellt, dass die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung für Jugendliche und Heranwachsende ausdrücklich als Duldungsgrund gelten kann. Das schafft Rechtssicherheit – für die Betroffenen und für die Arbeitgeber. Ein Makel bleibt: CDU/CSU bestehen darauf, dass die Regelung, wonach



Bei strahlendem Sonnenschein durfte ich am Mittwoch 50 Gäste aus Illertissen im Bundestag begrüßen, darunter die Freiwillige Feuerwehr Au-Iller.

Menschen, deren Bleiberecht erloschen ist, vor der Abschiebung in Sicherheitsgewahrsam genommen werden, bestehen bleibt.

Debatte um Sterbehilfe

In der letzten Woche hatte ich den Parlamentarischen Staatssekretär im Justizministerium, Christian Lange, zu einer Diskussion

rund um das Thema Sterbehilfe nach Neu-Ulm eingeladen. Auch im Brunnerbrief habe ich das Thema schon einige Male aufgegriffen. In erster Beratung wurden in dieser Woche vier verschiedene Anträge in erster Lesung diskutiert. Da

die Sterbehilfe nicht nur rechtliche und medizinische, sondern auch ethische Fragen aufwirft, ist die Fraktionsdisziplin aufgehoben. Ich bin der Meinung, dass die bisherige Rechtslage ausreicht und keine Neuregelung notwendig ist. Die aktive Sterbehilfe würde weiterhin verboten bleiben, alles andere bleibt erlaubt.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meiner Wahlkreisbüros in Neu-Ulm und Kempten stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD